

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Preis für Preßburg:
Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.;
vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's
Haus per Monat 18 fr.; einzelne
Nummern 4 fr.

Auswärts mit Post bezogen:
Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl.
50 fr.; vierteljährig 2 fl. 75 fr.

In Preßburg abonnirt man bei der
Administration:
Apponyigasse Nr. 10.

Das Recht.

Inserate
werden bei der Administration des
Blattes angenommen und kosten:
Die 4-mal gepaltene Petitzeile bei
einmaliger Einschaltung 4 fr., mehr-
malig entsprechender Rabatt; jedes-
malige Stempelgebühr 30 fr.
Zeitungsbestellungen und Zuschriften
erbittet man sich frankirt; unvor-
siegelte Reclamationen wegen nicht
erhaltener Nummern sind portofrei.
Manuscripte werden nicht zurückgestellt.

Redaction: Bierensteingasse Nr. 177.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Nr. 12

Sonntag 16. Januar 1876.

V. Jahrgang

Rede des Baron Paul Sennyey.

(Gehalten im Abgeordnetenhaus am 12. Januar.)

Geehrtes Haus! Meine Prinzipiengeossen, die vor mir sprachen, haben meine eigenen Anschauungen so eingehend und präcis auseinandergesetzt, daß mir in dieser Angelegenheit kaum etwas Neues zu sagen übrig bleibt. Da ich mich nicht in Wiederholungen einlassen will, werde ich, mit Erlaubniß des g. Hauses, nur jene Grundgedanken hervorheben, nach welchen wir uns die administrative Regelung der Jurisdictionen denken, und diese Grundgedanken mit den Verfügungen des in Rede stehenden Gesetzentwurfes vergleichend, werde ich im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen so frei sein, auf Einiges zu reflectiren, was als Einwurf gegen unsern Standpunkt vorgebracht wurde; gleichzeitig werde ich mit Bezug auf den Inhalt des Gesetzentwurfes meine Bemerkungen und Einwendungen entwickeln. (Hört! hört!)

Hinsichtlich der Verwaltungs-Organisation sind unsere Grundgedanken folgende: An der Spitze der Jurisdiction steht ein von der Regierung ernannter und dieser Regierung verantwortlicher Leiter, welcher die Regierung und deren in allen Zweigen zu besorgende Agenden im Comitatus zu vertreten hat, und welchem die Organe des Staates untergeordnet sind; mit diesen und mit den durch ihn vorgeschlagenen und von der Regierung ernannten, respective bestellten verantwortlichen Beamten leitet er sämmtliche Zweige der Verwaltung.

Der Repräsentativkörper der Jurisdictionen — und nicht ein solches den Dilettanten nachgeahmtes Ding, wie es der Gesetzentwurf projectirt — controlirt die Verwaltung, wirkt bei derselben mit, übt auf sie Einfluß und verfügt — natürlich unter Aufsicht der Regierung — frei und direct in den durch das Gesetz umschriebenen Municipalangelegenheiten; er übt über die Jurisdictionen die Disziplinargewalt aus, und behufs Wahrung der individuellen Freiheit gegen etwaige Uebergriffe und Irthümer in der individuellen Auffassung der Beamten ist die Bildung eines Forums bis hinauf zur Centralregierung nöthig, welches mit Bezug auf Streitige Fragen der Administration und Justiz durch prinzipielle Decisionen im Wege der Appelation entscheidet.

Dem gegenüber, g. Haus, läßt der Gesetzentwurf den Jurisdictionen das Recht der Beamtenwahl, verlegt aber den Schwerpunkt der Verwaltung in die Verwaltungsausschüsse, mit Bezug auf welche — mögen wir hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit welcher Ansicht immer sein — wir das Eine anerkennen müssen, daß sie mit Bezug auf ihr Wesen und ihre Zusammenstellung der Jurisdictionen-Gesamtheit keinen reinen, wirklichen Ausdruck geben.

Die Vertheidiger des Gesetzentwurfes — so scheint es — suchen das Wesen der Autonomie in der Wahl der Beamten. Abweichend davon, finden wir dasselbe in der Theilnahme an der Verwaltung, in dem Einfluß auf dieselbe, in der durch das Gesetz zu regelnden Controlle und in dem Rechte der freien Verfügung innerhalb des autonomen Wirkungsbereiches (Zustimmung Seitens der Opposition der Rechten.) Sie machen uns den Vorwurf, daß wir nach Centralisation streben. In einem gewissen

Sinne weise ich diesen Vorwurf nicht zurück. Bei den auf den Kampf um die Bedingung der Existenz und Erhaltung hingewiesenen wichtigen Aufgaben unseres Staates, bei unseren gesellschaftlichen Zuständen, bei unseren Gewohnheiten und — gestehen wir es offen — bei unseren Mißverhältnissen, wie sie sich unter dem Drucke von Decennien gestalteten, bei unserem Steuerwesen mit seinen Monopolen und seinem fiskalischen Gebahren, welche wir in Folge unserer zerrütteten Finanzverhältnisse noch lange nicht werden entbehren und reformiren können: erheischen es unser Rekrutierungssystem, die Bildung unserer Wehrkraft, sowie deren Mobilmachung im Nothfalle, und der ganze Apparat unserer Centralregierung, daß die Verfügungen der Centralgewalt wirksam und gesichert sein sollen. (Lebhafte Zustimmung Seitens der Opposition der Rechten.) Aber andererseits leugnen wir nicht, daß die richtig organisirten Factoren der Selbstverwaltung die Verfügungen der executiven Centralgewalt ersetzen, ergänzen, ja sogar dieselben potenciren können (Zustimmung seitens der Opposition der Rechten), und daß diese Factoren in den mit den autonomen und territorialen Interessen in Verbindung stehenden Angelegenheiten, wie auch in Bezug auf Cultur- und Humanitätsfragen unersetzbar sind, weil die unabhängigen Factoren der Gesellschaft das lebende Element derselben bilden und die Stützpunkte zu deren Unterstützung bieten.

Ich, geehrtes Haus, und meine Prinzipiengeossen legen daher ein großes Gewicht auf die richtige Organisation und auf die derartige Erhaltung der Selbstverwaltung, und es sei mir gestattet, hier im Vorbeigehen gegenüber einer Bemerkung des geehrten Herrn Ministerpräsidenten, der jetzt nicht anwesend ist, mit welcher derselbe auf einen Ausdruck eines in meiner Nachbarschaft sitzenden Freundes reflectirte, zu bemerken, daß es in unserer Mitte Niemanden gibt, der die Pietät von sich weisen würde, die wir Alle insgesammt der Vergangenheit der alten Comitatus-Institution und ihren Verdiensten schulden, welche mit der Wahrung unserer Verfassung, mit unserer nationalen Entwicklung und mit unserer historischen Vergangenheit verbunden sind. (Wahr! Wahr!)

Nicht zu den Lehren unserer Schule gehört es, zu leugnen, daß besonders das Comitatussystem viele Jahrhunderte hindurch die Wacht und die Garantie unserer Verfassung war. (So ist's! Wahr!) In es doch nicht lange her, daß eben in jenen Kreisen, welche uns nun der Kälte zeihen, den conservativen Lehren das Bestreben imputirt wurde, durch die Restauration des alten Comitatussystems den Parlamentarismus beseitigen und denselben durch jenes ersetzen zu wollen. Diese Zeiten sind nun vorüber, die Verhältnisse haben sich wesentlich und radikal geändert.

Heute bildet die Wahl der Beamten nicht mehr die Garantie des constitutionellen Organismus, welcher mit dem Comitatussystem in lebenskräftigem Zusammenhange war, sie sichert heute weder den einen noch das andere; ja ich bin selbst überzeugt, daß die Wahl der Beamten dem System der Autonomie keine Kraft verleiht, sondern im Gegentheil vermöge jener Bewegungen, mit welchen die Wahlen verbunden sind, jenes System in seinen Consequenzen und

Einflüssen, durch den Uebelstand der Familienverbindungen und Interessen korrumpirt, und auf ein mit seinem Verufe im Widerspruche stehendes Terrain drängt. (Lebhafte Zustimmung von der Opposition der Rechten.)

Ich bin überzeugt, daß das System der Selbstverwaltung durch die Ernennung der Beamten sich heben und kräftigen wird. Wenn die Jurisdictionen ernannten Beamten gegenüber stehen werden, bin ich überzeugt, daß in ihnen instinktiv vom Gesichtspunkte ihrer Interessen, sowie der Wahrung der lokalen Verhältnisse der Trieb und das Selbstbewußtsein erwachen wird, durch die Ausübung einer erspriesslichen und energischen Controlle dafür, was sie vielleicht durch Entziehung von Rechten zu verlieren meinen, ein Gegengewicht zu gewinnen.

Und ich frage: wird es unserem heutigen ganzen constitutionellen Systeme, welches zweifellos auf der Grundlage der Vertretung basiert, nicht mehr entsprechen, wenn wir auch die Jurisdictionen nach den Gesetzen und Prinzipien der Volksvertretung organisiren? So wie hier im Parlamente die Legislative die Gesetze schafft und durch ihren Einfluß die Ausführung der Gesetze controlirt, die executive Gewalt aber im Zusammenhange mit der Gesetzgebung von der Regierung ausgeübt wird: eben so, geehrtes Haus, bin ich überzeugt, daß es eine bedeutend entsprechendere Organisation sei, wenn die Schaffung der Statute, das Fassen von Beschlüssen, die Ertheilung von Weisungen, die Ausübung der Controlle, der das Comitatus vertretenden Körperschaft zugetheilt sind, und wenn die Executive durch mit persönlicher Verantwortlichkeit bekleidete Beamte ausgeübt wird. (Lebhafte Zustimmung von der Opposition der Rechten.)

Eine neue Theorie hörten wir gestern, geehrtes Haus, und zwar die, daß die korporative Verantwortlichkeit wirksamer sei, als die persönliche. Einigermassen betroffen vernahm ich diese Idee gerade aus solchen Kreisen, in welchen durch Jahrzehnte mit allen Waffen der Wissenschaft und Theorie und zwar in richtiger Weise das Gegentheil vertheidigt wurde. Ich behaupte nicht, daß bei korporativem Verfahren die Verantwortlichkeit, die moralische ebenso wie die rechtliche, absolut unmöglich ist; aber schon jenes Beispiel, welches ein sehr geehrter Herr Abgeordneter erwähnt hat, daß wir nämlich behufs Wahrung der Verantwortlichkeit in unseren Gesetzen zu einer ziemlich erzwungenen Maßregel, nämlich zur Forderung der namentlichen Abstimmung greifen müssen, welcher man, wie wir wissen, sich so leicht entziehen kann, zeigt schon das Verkehrte der ganzen Argumentation.

Die auf Mehrere vertheilte Verantwortlichkeit verschwindet eben deshalb, weil sie sich auf Viele, auf eine Menge vertheilt (lebhafte Zustimmung von der Opposition der Rechten) und kann auf keinen Fall so wirksam sein als die individuelle Verantwortlichkeit, welche unmittelbar das Individuum und dessen Handlungen belastet. (Beifall von der Opposition der Rechten.)

Der geehrte Herr Ministerpräsident hat einem Abgeordnetencollegen ein Versprechen gegeben, auf welches ich — ich gestehe es — ein großes Gewicht lege, weil er, könnte er sein Wort einlösen, jedenfalls auf's Wirksamste die Realisirung unserer Ideen fördern würde. Der geehrte Herr Ministerpräsident hat nämlich

meinem geehrten Freunde Bujanovics versprochen, daß er, sollte dieser mein Freund im Stande sein, zu beweisen, daß Fähigkeit, Fachwissen und Verantwortlichkeit bei der Wahl unmöglich sind, und daß alle diese Eigenschaften bei der Ernennung erworben werden können — zur Partei meines geehrten Freundes übertreten würde. Hat nun der g. Herr Ministerpräsident sein Versprechen buchstäblich genommen, so fürchte ich, daß er es nicht wird einlösen können, denn ich erkenne an, daß man nicht behaupten kann, man könne bei der Wahl nicht fachlich gebildete, verantwortliche Beamte finden; gibt es doch solcher leider deshalb so wenige, weil wir nicht leugnen können, daß bei den Wahlen nicht das individuelle Verdienst, sondern solche Zufälligkeiten entscheiden, welche ich hier nicht weiter charakterisieren will, weil wir Alle sie ja kennen.

Wir können auch nicht sagen, g. Haus, daß durch das Ernennungssystem sofort und plötzlich jeder Beamte Fähigkeit, fachliche Bildung und Verantwortlichkeit besitzen wird; aber das würde ich zu behaupten wagen, daß, wenn Alle, welche heute gezwungen sind, von den Wahlen wegzubleiben und sich zurückzuziehen, weil sie nicht den Einfluß und die Verbindungen besitzen, welche die Wahl durchzusetzen und zu sichern im Stande sind, — wenn alle diese Individuen berücksichtigt würden, es jedenfalls mehr fähige Beamte gäbe, als dies gegenwärtig der Fall ist. (Wahr! von Seite der Opposition der Rechten.)

Fortsetzung der Rede in der Beilage.

Aus dem Reichstage.

Budapest, 14. Januar.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses erwidert der Finanzminister auf die seinerzeitige Interpellation Madarasz' wegen gesetzlicher Feststellung erlaubter Zinsen, die Regierung empfinde die Nothwendigkeit, in der hochwichtigen Frage ihren Standpunkt zu offenbaren; sie wird eine Vorlage machen, sobald die vom Hause bestellte Commission das einschlagige Stabulat fertiggebracht haben wird. Madarasz erklärt sich zufrieden, bittet jedoch um Beschleunigung.

Der Finanzminister Széll unterbreitet einen Gesetzentwurf, welcher die Regierung ermächtigt, behufs des Beginnes der Staatsschulden-Conversion und Annahme von Trevorscheinen als Zahlungsmittel für Theile der Rentenanleihe aus der zweiten Hälfte der Rentenanleihe 20 bis 22 Millionen zu entnehmen, damit noch vor der Emission die Rente das Interesse des Staatsschatzes in dieser Richtung gewahrt werde.

In Fortsetzung der Generaldebatte über die Verwaltungsreform spricht Balogh für, Mutics gegen die Vorlage. Sodann ergreift Barady das Wort für die Verwaltungsvorlage. Aus einer Sandfläche ein Zaubergarten, aus einer Hütte ein Palast lassen sich nicht über Nacht erbauen (mit dem Tisza'schen schlechten und ungenügenden Material auch in 100 Jahren nicht, D. Red.); nur Zeit und rege Mitwirkung aller Interessenten können Solches bewirken. Wenn die Wahl corrumpt, dann müßte auch die Wahl der Congregations-Mitglieder, ja selbst die der Deputirten corrumpten. Nicht die Wahl als solche, sondern durch die Wahl wird von — corrumpt. (D. Red.)

Hierauf vertritt Graf Aurel Dessewitsch den Semny'schen Standpunkt, wogegen Graf Pechy als Präsident der Verwaltungs-Commission die Vorlage als die glücklichste Vermittlung zwischen Centralismus und Autonomie vertheidigt. Noch sprachen Ernst Simonyi gegen und Dr. Becsey für die Vorlage.

Der Minister und die Hauptstadt.

In der am 13. d. abgehaltenen Generalversammlung des hauptstädtischen Municipiums, in welcher das bekannte ministerielle Kugerescript Gegenstand der Verhandlung war, wurde das Rechtfertigungsschreiben des Magistrats an den Minister mit dem folgenden, von Busbach beantragten Zusatz einstimmig angenommen.

„Das hauptstädtische Municipium sieht mit Bedauern, daß seit einer Zeit in den Rescripten des k. ung. Ministers des Innern ein solcher Ton

herrscht, welcher nebst dem, daß er das Ansehen der Jurisdiction und das Selbstgefühl jedes einzelnen Mitgliedes derselben tief verletzt, nach unserer besten Ueberzeugung weder durch die thatsächlichen administrativen Verhältnisse der Hauptstadt, noch durch die Wirksamkeit des Ausschusses, noch aber durch das dem gegenwärtigen Rescripte zur Basis dienende Vorgehen und die diesfälligen Beschlüsse motivirt erscheint, und welcher Ton die objective Verhandlung der zwischen dem k. ung. Minister des Innern und zwischen der Jurisdiction täglich auftauchenden Fragen zum empfindlichen Nachtheil des Gemeinwohlens außerordentlich zu erschweren droht. Unter solchen Verhältnissen erklärt der hauptstädtische Ausschuss sich in dem beruhigenden Bewußtsein, zu den im fraglichen Rescripte enthaltenen Ausdrücken keine Veranlassung gegeben zu haben — daß er die Berechtigung derselben nicht anzuerkennen vermag.

In diesem Sinne wird der Ausschuss bestrbt sein, für die Wahrung und Förderung der ihm seitens der Bürgerchaft anvertrauten Interessen, auch künftighin seiner besten Ueberzeugung folgend, zu wirken, und wenn nöthig, mit aller Energie bis zu jener Grenze ausdauernd zu kämpfen, als ihm die Stimme des Gewissens sagen wird, daß er seiner Pflicht nach jeder Richtung hin entsprochen habe.“ (Lebhafte Eljen- und Beifallsrufe.)

Polnische Uebersicht.

Preßburg, 15. Januar.

Wie man der „Bud. Corr.“ aus Agram berichtet, dürfte höchst wahrscheinlich für die zu bejegende Stelle eines kroatischen Justizchefs vom Banus der bekannte humaner Advocat und kroatische, sowie ungarische Abgeordnete Marian Derencsin Sr. Majestät in Vorschlag gebracht werden.

In Oesterreich hielt das Herrenhaus seine erste Sitzung nach den Weihnachtsferien. Auf der Tagesordnung stand das Klostergesetz, was die Sitzung zu einem Ereigniß machte. Cardinal Fürst Schwarzenberg, die Bischöfe und Aebte des Hauses sind fast vollzählig erschienen, und auch Graf Leo Thun hat, wie immer, wenn ein kirchlicher Interesse zu vertreten ist, seinen Platz eingenommen. Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet unser Correspondent an anderer Stelle.

Die Ministerkrise in Frankreich ist — wie es scheint, nur vorläufig — beseitigt. Von Seite des Ministeriums wurde folgende Note offiziell an die Blätter versendet: Das Journal „Officiel“ soll morgen eine Proclamation des Marischall-Präsidenten der Republik an das französische Volk enthalten. Wir glauben zu wissen, daß man in diesem Document, welches von dem Vice-Präsidenten des Ministerraths, Herrn Buffet, gekennzeichnet sein wird, die Bestätigung der von dem Cabinet in seinem Programm vom 12. März und in den verschiedenen Erklärungen, die Buffet seitdem auf der Tribüne abgegeben hat, dargelegten Politik wiederfinden wird.

Die Proclamation, welche wir unsern Lesern im telegraphischen Auszuge mitgetheilt haben, soll, wie ein officielles Pariser Telegramm versichert, selbst in republikanischen Kreisen eine gute Aufnahme gefunden haben. Selbst diese Versicherung genügt jedoch nicht, um die Situation beurtheilen zu können, und wird wohl erst der Wortlaut des Manifestes, sowie eine verlässliche Darstellung der Lösung der Krise einige Klarheit bringen.

Ein weiteres Telegramm aus Paris erklärt die Krisis für beendet. Die zwischen den Ministern ausgebrochenen Differenzen scheinen dadurch beseitigt worden zu sein, daß man jedem Minister seine Actionsfreiheit ließ. Für die Wahlen wurde kein gemeinsames Wahlprogramm vereinbart. Die Republikaner sind mit dieser Lösung zufrieden. Ob auch die andern Parteien, ist eine noch ungelöste Frage.

Der König von Belgien soll, wie eine in Berlin erscheinende lithographische Correspondenz erfährt, einer Neujahrs-Deputation gegenüber wörtlich gesagt haben: „Ich hoffe, daß Belgien in vier Jahren den für seine Neutralität einstehenden

Schutzmächten wird zeigen können, daß es nichts verläumt und kein Opfer geachtet hat, um die Pflichten zu erfüllen, welche die Neutralität ihm auflagt, und um im Nothfall seine Unabhängigkeit und seine Ehre selbst vertheidigen zu können.“ Einige Blätter lesen heraus, daß in Belgien mit dem jetzigen Milizsystem gebrochen und eine vollständige Umgestaltung der belgischen Armee nach den Grundsätzen der allgemeinen Wehrpflicht in's Auge gefaßt wird.

In der Orientfrage hat sich nunmehr auch England ausgesprochen, indem es nach einer Mittheilung der „Pr.“ durch Derby erklärte, sich den Schritten der übrigen Mächte anschließen zu wollen, zeigte sich aber Beust gegenüber gleichzeitig verstimmt, daß die Mächte erst nachträglich England über die Note consultirten.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat am 11. d. M. eine sehr aufgeregte Sitzung gehalten. Randall, ein Demokrat aus Pennsylvanien, brachte die Amnestie-Bill zur Sprache, welche allen bisher noch nicht im vollen Besitz ihrer Freiheit befindlichen Consoederirten volle Verzeihung gewährt. Bei der Abstimmung ergaben sich 172 Stimmen für und 97 gegen dieselbe. Weil jedoch die Verfassung zwei Drittel der behandelnden Stimmen fordert, so war die Bill verworfen.

Original-Correspondenzen des „Nacht.“

Preßburg, 15. Januar. Unser Schlußwort an den „Grenzboten.“ Die alte Taktik dieses Blattes hat sich nun wieder verkosten lassen, indem es einzelne Sätze, selbst nur Worte aus dem Contexte riß, und die Treue, die es mit diesem Vorgange erweisen wollte, besteht nur darin, daß es seine Leser bezüglich unserer Antwort im Dunkeln ließ, die sich daher, selbst wenn sie wollten, nicht amustren können. Aufklärung erhält sein Republikum auch aus dem Schlusse seiner Replik nicht, weil derselbe mit dem Früheren in keinem Zusammenhange steht. Dieser Schluß bildet auch den einzigen Grund, der uns zu diesem Schlußworte veranlaßt. Uns ist es nämlich nicht erinnerlich, wann und worin wir dem „Grenzboten“ auf dem Gebiete des Syllabus und der Encyclica eine Antwort schuldig geblieben sind; wenn es aber geschehen ist, dann waren es gewiß andere Gründe, die uns das Stillschweigen — welches bekanntlich oft eine nur zu deutliche Antwort ist — auferlegten und durchaus nicht die Sattelfestigkeit des „Grenzboten“, die zu fürchten nunmehr Jedermann aufgehört hat.

Wenn übrigens der „Grenzbote“ so freundlich ist, das Gebiet des Syllabus als das „uniere“ anzuerkennen, so möge er sich nicht widersprechen, indem er uns verbietet, bis zum Verständniß des Erlösungswerkes hinaufzusteigen; denn auf demselben Gebiete ist auch das Kreuz aufgepflanzt, auf dem das Erlösungswerk vollbracht wurde, und dieses Gebiet ist das unsere, für den „Grenzboten“ ein fremdes! Wir sind weit davon entfernt, uns nach Art des „Grenzboten“ in die Brust zu werfen, im Gegentheile, wir wagen es gar nicht, das volle Verständniß des Werkes Jesu Christi uns zu vindiciren; wir sind aber bestrebt, es durch den „Glauben“ an Ihn mit ernstlichem Willen und nicht im Wege einer hochmüthigen rationalistischen Philosophie zu gewinnen. Wenn uns der „Grenzbote“ in diesem Streben übertrifft, gönnen wir es ihm gerne.

Und nun nur noch so viel zur Berichtigung, daß die Ergänzung unseres Zitates durch den „Grenzboten“ nichts weiter ist, als die Reproducirung einer Bibelstelle, in welcher Jesus gegen die Pharisäer und Heuchler zu seinen Jüngern spricht, welche Stelle aber auch richtig verstanden sein will. Im übrigen aber schreibe sie sich Jeder hinter's Ohr, den sie angeht. Verständlicher wäre es für den vorliegenden Fall gewesen, wenn der „Grenzbote“ die ganze Stelle Lukas 10. 16. für seine Leser reproducirt hätte, in welcher es auch heißt, wie wir schon citirt haben: wer euch verachtet, verachtet mich, und wer mich verachtet, verachtet Den, der mich gesandt hat. So lehrte Jesus seine Jünger, den katholischen Priester schätzen, und „Einer ist euer Meister, nämlich Christus“, auch für den „Grenzboten“, ob er will oder nicht.

Wien, 14. Januar. (Das Klostergesetz im Herrenhause.) Heute begann im Herrenhause die Debatte über das Klostergesetz. Der Sitzung wohnten Se. Eminenz Cardinal Schwarzenberg, der Erzbischof von Olmütz und die Fürstbischöfe von Gurk, Seckau, Lavant und Brixen bei. Einen wehmüthigen Eindruck machte die Bank der Cardinale, in welcher Se. Eminenz von Prag verwaist saß, während man die seine Gestalt und den geistreichen Kopf des verstorbenen Cardinals Nauechlich schmerzlich vermisse, Cardinal Tarnoczky's leerer Platz aber dem Geiste das Bild des mit dem Tode ringenden Kirchenfürsten vorführte.

Der erste Redner war Cardinal Schwarzenberg, welcher in seinem und seiner bischöflichen Genossen Namen erklärte, daß sie gegen das Gesetz im Ganzen und in seinen einzelnen Theilen stimmen. Auf Amendirungen können sie sich nicht einlassen. Dazu, das größere Uebel durch Amendments in ein kleineres zu verwandeln, können sie die Hand nicht bieten. Werde das Gesetz angenommen, so werde es der katholischen Sache in Oesterreich schmerzliche Wunden schlagen; aber das Blut, das aus diesen Wunden strömt, werde zum Himmel schreien. Prälat Liebsch von Tepl vertheidigt die Orden gegen die Vorwürfe der Staatsgefährlichkeit, des blinden Gehorsams u. s. w. und schließt sich dem Antrage des Cardinals Schwarzenberg auf Uebergang zur Tagesordnung an. Prälat Helfferstorffer weist unter wiederholtem, lauten Beifall die mehrfachen Widersprüche des Klostergesetzes mit den Staatsgrundgesetzen nach. Der Gedanke, der sich wie ein rother Faden durch das ganze Gesetz durchziehe, sei der: die Staatsgrundgesetze gelten für Alle, für die klösterlichen Genossenschaften aber muß man sie beschränken, so viel als nur möglich. Es gebe viele Dinge, deren gesetzliche Regelung viel dringender und nothwendiger wäre, als das Klostergesetz. Graf Leo Thun schloß einen längeren, ausgezeichneten Vortrag gegen das Gesetz, auf den ich zurückkommen werde, mit dem Hinweis auf die ernste Zeit, in der wir leben, auf die bedenkliche Lage, in der wir uns seit Beginn des neuen Jahres befinden, und rief dem Hause zu: Verzhonen Sie in einem solchen Momente Oesterreich mit einem Gesetze, welches widerstreitet den Begriffen von Freiheit und Recht, den Grundgesetzen der katholischen Kirche; verzhonen Sie Oesterreich mit einem Gesetze, an welchem Niemand im innersten Herzen wahre Freude haben wird, als die Feinde der Kirche und des Christenthums, und die offenen und versteckten Verächter Oesterreichs. Hr. v. Lichtenfels sprach für das Gesetz und gegen die lebenslänglichen Gelübde der geistlichen Orden, worauf Cardinal Schwarzenberg für die lebenslänglichen Gelübde eintrat und darauf hinwies, daß es ja auch viele neuere Orden gebe, die keine lebenslänglichen Gelübde haben und trotzdem angefeindet werden.

Baron Hein beantragt den Schluß der Sitzung, welcher abgelehnt wird. Der Antrag des Cardinals Schwarzenberg auf Uebergang zur Tagesordnung wird zahlreich unterstützt, die Generaldebatte wird um 3 Uhr geschlossen. Minister Stremayer tritt für das Gesetz ein, erklärt aber, daß nicht alle einzelnen Bestimmungen des Gesetzes dem Zwecke desselben und den Intentionen der Regierung entsprechen, und daß daher Verbesserungen im Einzelnen vorgenommen werden können. Der Berichterstatter Ritter v. Hasner meint: wenn es in Oesterreich keine Klöster gebe, würde man solche gewiß nicht schaffen, die Klöster seien heute überflüssig, das Gute, das sie wirken können, sei auch auf andere Weise zu erreichen. Das Gesetz sei nichts Anderes, als die systematische Zusammenfassung aller der Bestimmungen, welche ein Jahrhundert vor der Erlassung des Concordats erlassen wurden und unter welchen unsere Vorfahren, Fürst und Volk christlich gelebt haben und selig gestorben seien.

Um 3 1/2 Uhr wird über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgestimmt und nach Ablehnung desselben die Sitzung geschlossen.

Tagesneuigkeiten.

* (Der Nestor der Erlauer Erzdiözese.) Joh. Kováry, Abt, Domherr, Bize-Dechant und Pfarrer in Tar, ist am 10. d. im hohen Alter von 82 Jahren gestorben.

* (Aufregung in hauptstädtischen Lehrerkreisen.) Eine kürzlich erlassene Verordnung des Unterrichtsministers ermahnt die Lehrer in energischer Weise, künftig nebst der Naturgeschichte auch die Geographie gründlich zu studiren, da diese Lehrgegenstände vereint wurden und in Zukunft auch die Lehramtskandidaten nach dieser Richtung hin ihre Examina abzulegen haben. Bis zu diesem Punkte ist gegen den Erlaß kaum eine Einwendung zu erheben. Unbegreiflich ist jedoch, schreibt das „N. P. Journal“, jener Passus desselben, demzufolge die Bezirks-Schulinspektoren binnen zwei Jahren jene Lehrer zu bezeichnen haben, welche ihren in Folge der Aenderung des Lehrplanes erwachsenen Pflichten nicht genügen, „damit diese Lehrer vor eine Prüfungskommission zitiert und denselben das Lehramtsrecht entzogen werde, wenn ihre Nachlässigkeit auch durch die stattgehabte Prüfung bestätigt würde.“ Der zitierte Absatz steht in vollkommenem Gegensatz zu dem Character des Lehramtsdiploms und involviret eine Ungerechtigkeit, welche wahrscheinlich nur der Unüberlegtheit eines Ministerialbeamten zuzuschreiben ist. Es ist angezeigt, ja selbst geboten, einen Lehrer grober Nachlässigkeit halber seines Amtes zu entheben; aber es widerspricht dem Rechte und dem Gesetze, einen diplomirten Lehrer in Folge einer neuen Verordnung einer wiederholten Prüfung zu unterziehen und ihn eventuell selbst seines Diploms verlustig zu erklären.

* (Das Wetter in Oberungarn.) Aus der Zips wird uns geschrieben: Die Nordstürme, welche in den letzten Tagen in der Oberzips gewüthet haben, waren von einer großen Kälte und starkem Schneefall begleitet. An manchen Orten ist der Schnee zu mehreren Klafter hohen Thürmen zusammengeführt. Die Schneeverwehungen haben die Communication außerordentlich erschwert und es mußten die Straßen an vielen Orten ausgehauelt werden. Die größte Kälte notirten wir den 8. Januar 9 1/2 Uhr Abends, bei vollständig ausgeheitem Himmel und ganzlichem Luftstillstand, 23.1° R., den 9. aber, früh 6 Uhr, nur 7.9° R. Die „atmosphärischen Convulsionen“, von welchen der gelehrte Wetterprophet Dr. Soffa in Dresden eine zu gewärtigende Wetterkatastrophe wie folgt vorher sagte: „Der Mond kommt der Erde am 12. Dezember 1875 und am 10. Januar 1876 so ungewöhnlich nahe, daß heftige atmosphärische Convulsionen unvermeidlich sind,“ haben sich bis zur Stunde nicht erfüllt. Heftige Winde, starke Schneestürme, enorme Kälte haben wir schon zur Genüge vor etlichen Tagen erfahren, seit dem 8. Jänner aber haben wir wiederum ruhige und sonnige Tage.

* (Ungarischer Verein in Berlin.) Einer Original-Correspondenz aus Berlin vom 4. l. J., welche in der letzten Nummer der „P.“ erschien, entnehmen wir, daß der „Ungar. Verein“ in Berlin am 3. d. eine Generalversammlung abgehalten hat, in welcher zum Vorsitzenden: Pf. Hoffmann; zum Präses Dr. Friedrich Deutschberger; zum Vice-Präses Adolf Stern; zu Notaren: Adolf Dömbö und Bertalan Sugár u. s. w. gewählt worden sind. Ferner, daß Se. Excellenz Graf Karolyi, k. u. k. österreichisch-ungarischer Votischer am Berliner Hofe, das Ehrenpräsidium angenommen hat. Das Baarvermögen des Vereines bezieht sich auf 500 Mark. Die Bibliothek besteht aus 234 Werken, darunter 180 ungarischen. Der Verein erhält gegenwärtig folgende Zeitungen gratis: „Hon“, „Ustökös“, „Budapester Nachrichten“, die „Szamos“ aus Szatmár und den „Igazmondó.“ Diese Zeitungsammlung läßt den Verein in einem sonderbaren Lichte erscheinen. D. Red.)

* (Denis Fehr. v. Eskeles,) der Chef des einst zu den hervorragendsten Bankinstituten Wiens gezählten Handlungshauses Arnstein und Eskeles, ist gestern Abends um 9 Uhr im Alter von 72 Jahren gestorben.

* (Eine sonderbare Einbildung.) Einen im Irrenhause zu Paris befindlichen Edelmann peinigt die fixe Idee, daß er einen in sein Weinglas gefallenen Klavierpieler aus Unvorsichtigkeit mit hinunter geschluckt habe. Er will nun mit Gewalt Brechpulver einnehmen, um den fatalen Virtuosen wieder los zu werden.

* (Eisenbahnunglück.) Auf der Kiew-Odessaer Bahn entgleiste, wie bereits gemeldet, am

5. d. während eines Schneesturms ein gemischter Zug von 27 Waggons, welcher 419 Rekruten führte, und stürzte über die Böschung hinab. Die geheizten Wagen fingen Feuer und sind vollständig zerstört. 10 Rekruten sind schwer, 41 leicht verwundet; die Zahl der Todten war bei Abgang der Meldung noch nicht bekannt. Ursache des Unglücks war eine nachlässig ausgeführte Schienenauswechslung. — Auf der Wien-Warschauer Bahn stieß vor einigen Tagen bei Mogowo ein Courierzug mit einem Lastzug zusammen, wobei 7 Personen todt blieben und einige Schwerverwundete während des Transportes starben.

* (Feuerlösch-Vorrichtungen in Amerika.) Ueber amerikanische Feuerlöschvorrichtungen im Vergleich zu denen Berlins schreibt der bekannte Reisende Gerhard Rohlf's folgendes: „Bislang hatte ich immer geglaubt, und wohl Viele mit mir, daß Berlin die am besten eingerichteten Löschanstalten auf der Welt besäße; aber wie weit sind wir in dieser Beziehung hinter den Vereinigten Staaten von Amerika zurück! Als das Gerücht von dem großen Brandunglück des „Kaiserhof“ in Berlin über den Ocean gebrungen war, beschloß ich denn auch, meine Aufmerksamkeit den hiesigen Löschanstalten zuzuwenden; aber täglich neue Wunder sehend, konnte ich meinen Wunsch erst erfüllen, als ich Toledo erreichte, eine mittlere Stadt der United States mit einer Bevölkerung von etwa 52.000 Einwohnern, von denen 10.000 eingewanderte Deutsche oder Abkömmlinge von solchen sind. Der Bürgermeister der Stadt, Herr Marx, hatte die Güte, mir die Löschanstalten der Stadt zu zeigen. Wie alle amerikanischen Städte, hat auch Toledo vorzugsweise Dampfspitzen, und zwar fünf, außerdem noch zwei gewöhnliche. Die Spritzen stehen in fünf verschiedenen Stationsgebäuden. Aber die vorzüglichste Einrichtung besteht in der electrischen Ausspannung der Pferde. Diese sind mittelst ihres um den Kopf liegenden Halfters an einem an der Krippe schließenden eisernen Bolzen befestigt; sobald nun in der Stadt ein Feuer ausbricht, geht man nur zum nächsten Posten und sendet ein Telegramm an eine Station, und durch dieses nämliche Telegramm, oder, wenn Sie wollen, durch diesen electrischen Strom fällt der Bolzen klingend aus der Krippe und im Galopp stürzen sich die Pferde vor ihre Spritze, jedes an seinem Platz. Natürlich werden hiedurch die Wachmannschaften alarmirt und schirren die Pferde an. Aber nicht genug damit — im selben Augenblick öffnen sich, ebenfalls durch Electricität, die großen Flügelthüren des Spritzenhauses und dem Davonjagen nach dem Brandplatze steht nun nichts im Wege. In jeder größern amerikanischen Stadt bestehen jetzt diese Einrichtungen, von deren Vorzüglichkeit ich mich selbst überzeugt habe. Natürlich besteht die Hauptsache in der exacten Dressur der Pferde.“ (Wie viel ist Wahrheit, wie viel Humbug?)

* (Afrikanische Eisenbahnfahrt.) Am 19. Dezember bemerkten die Lokomotivführer des von Konstantine nach Philippeville in Algerien fahrenden Zuges bei der Einfahrt in den Bahnhof von Saint Charles in einer Entfernung von ungefähr 150 Metern vier Löwen auf der Straße. Drei derselben, durch das Feuer der Maschine erschreckt, lenkten von der Straße ab und begaben sich langsamen Schrittes in die Schluchten neben der Bahnlinie. Eines der Thiere aber, welches weniger Eile als die anderen zu haben schien, wäre beinahe von dem Zuge erfaßt worden, der aber zum Glück für dasselbe bei der Einfahrt in den Bahnhof seine Geschwindigkeit gemäßigt hatte. Die Bewohner von Saint Charles machten zwar sogleich Jagd auf die Thiere, konnten jedoch von denselben nicht mehr als die Fußspuren auf dem Wege entdecken.

Localnachrichten.

** (Milde Spenden.) Zur Renovirung der Mariathaler Kirche: R. aus Tirnau mit dem Motto: „Heil. Maria, Du weiseste Jungfrau; Du Heil der Kranken, bitt' für uns!“ 2 fl. Hochw. Herr Pf. L. Sz. in B., Motto: „Per intercessionem Beatae Mariae Virginis de perpetuo succursu“, 5 fl. Hochw. Hr. G. L. in M. 10 fl. Zusammen 166 fl. 50 kr., 2 fl. und 1 Mariathaler in Silber. — Direct an den hochw. Hrn. Pfarrer Joh. Talcsik sendeten: Frau Th. Kubis aus

Tirnau 1 Napoleond'or = 9 fl. 11 kr. Zwei Frauen aus Tirnau 1 fl. Die Gemeinde Nyitra-Pasztó mit dem hochw. Hrn. Pfarrer 7 fl. 50 kr. Hochw. Hr. Dechant und Pf. Math. Jankovich in Moteichitz 2 fl. Hr. Georg Hirsch, Bauer in Flachsberg, 2 fl. — **Für den Kindheit-Jesu-Verein:** Durch den hochw. Hrn. P. St. in Hönggess die Schulkinder pro 1876 5 fl. 65 kr. Von einigen Wohlthätigkeitsvereins-Mitgliedern in Raab pro 1875 7 fl. 50 kr. — **Für die Kathedrale in Bukarest:** Frau A. K. in Preßburg 5 fl. — Der liebe Gott segne die Gaben und die Geber!

** (Die hiesige Papierfabrik,) welche ihren Actionären seit ihrem achtjährigen Bestande soviel wie keine Dividenden abwarf, hat nun ihren Betrieb gänzlich eingestellt und dürfte wahrscheinlich zum Verkaufe ausgesetzt werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Januar. In einem bemerkenswerthen, an erster Stelle gedruckten Wiener Briefe unter dem Schlagworte „Das europäische Concert und die Pforte“ sagt die „Kreuzzeitung“, Andrassy habe bisher gegen die Krisis gut operirt. Jedoch als wesentlich magyarischer Staatsmann widerstrebe er den beiden wirklichen Lösungen der bosnischen Frage: der Bildung eines neuen Vasallenstaates oder der Einverleibung Bosniens in Oesterreich. Auf die Dauer werde aber eine dieser Lösungen unvermeidlich sein, namentlich die zweite. Rußland werde nicht widerstehen, sobald England und Deutschland zustimmen. Letzteres habe aber kein Interesse mehr, die magyarische Politik zu unterstützen. Interessant ist auch die Enthüllung, wonach der bekannte Artikel des „Russischen Regierungs-Anzeiger“, welcher die russischen Sympathien für die türkischen Christen ausdrückte, gegen Gortschakoff's Willen von Ignatieff veranlaßt worden. Der Artikel der „Kreuzzeitung“, welcher einem fröndlichen österreichischen Politiker zu entflammen scheint, enthält auch sonst pikante Details, namentlich über den Schmerling-Artikel.

Petersburg, 14. Januar. Der Versuch der Pforte, sich gegen die Vorstellung der Mächte betreffs Einführung von Reformen in der Türkei abzuschließen, ist nunmehr beseitigt. Der russische Botschafter trat im Vereine mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter kategorisch gegen diesen Versuch auf, wobei eine völlige Uebereinstimmung Rußlands und Oesterreich-Ungarns in dem Auftreten gegenüber der Pforte auf's Neue eklatant bekundet wurde. Dies mag hervorgehoben werden gegenüber dem Versuche, dem General Ignatieff ein besondere Oesterreich-Ungarn feindliche Rolle in Konstantinopel beizulegen. Oesterreich-Ungarn und Rußland handelten in Konstantinopel in vollständiger Congruenz und wurden von dem Vertreter Deutschlands conform unterstützt.

Feuilleton.

Fest gebaut!

Erzählung aus dem Leben von Erwin Freimuth.
(Original-Feuilleton des „Neck“.)

IX.

(Fortsetzung.)

Freilich wies Ewre gleich darauf jeden Dankerguß von Seiten Alfred's und Josefines mild, aber entschieden zurück. Und die im ersten Jubel gemachte Aeußerung ihres einstigen Retters aus entehrender Gefahr, daß sie nun jene That durch ihr Rettungswerk zehnfach zurückbezahlt habe, that ihr weh. — Sie wollte ja des ihr Herz erfüllenden Dankes nicht ledig sein, wollte Schuldnerin dieser guten, lieben Menschen bleiben, die ihr das höchste Gut der Seele: den Glauben an Gott und seine heilige Kirche, zurückgegeben hatten!

Und wie hatte sich dieser Glaube nun wieder bewährt und das echte, fromme Gottvertrauen, das Josefine immerdar besaß! — War nicht des höchsten Schutz ersichtlich mit ihnen gewesen?! War es nicht schier wunderbar, wie Gottes Hand das Netz verbrecherischer List und schändlicher Fre-

vel zerrissen, um den Argbedrohten, frei und ledig jedes Verdachtes, triumphirend über die argen Feinde, den Seinen wiederzugeben?! — Allerdings mußte Alfred in all' seinem Glück jetzt daran denken, daß dieß Glück noch lange nicht gesichert sei, daß er jenen Ehrenhandel noch auszufechten habe, den er wohl als directe Ursache seiner Verhaftung betrachten mußte, von dem aber auch jetzt noch seinerseits ein Zurückweichen unstatthaft war.

In der That besuchten ihn schon am nächsten Morgen jene Journalisten, die ihm vor einigen so treulich beigefallen waren gegen den beabsichtigten Entehrungsversuch Hugo's. Dr. Ullrich sowohl, wie die Anderen, hatten von seiner Verhaftung gehört, davon ihren Freunden Mittheilung gemacht und noch gestern in den Kreisen der Journalistik, die sich nun Dr. Heim's wacker annahm, allgemein die tiefste Erbitterung über einen Streich verbreitet, den man nur als eine raffinierte Schurkerei betrachten konnte. Jeglicher, der in die früheren Vorgänge eingeweiht war und überdieß die brutale Feigheit des jungen, die Affentliebe des alten Herrn v. Jarrenheim kannte, war überzeugt, daß Letzterer das Complot gegen Heim's Ehre und Freiheit in Scene gesetzt, um das vergötterte Söhnlein vor den etwaigen Folgen seines momentan aufgeflackerten Heldennuthes zu bewahren. Der auf so schwere Anklage hin Verhaftete konnte sich jöhin dem kühnen Hugo zum verabredeten Rendezvous freilich nicht stellen! — Um so dringlicher erdient es aber Alfred's Cartelträger und übrigen Freunden nun, daß der Zweikampf baldmöglichst ausgefochten werde.

(Schluß folgt.)

Meteorologische Beobachtungen vom 14. Januar.

Zeit	Barometer-Höhe bei 0° C. in Millimeter	Temperatur nach Celsius	Windrichtung in Windmetern	Windstärke in Windmetern	Wolkenmenge in Prozenten	Wolkenhöhe in Metern	Wolkenart	Wolkenmenge bei 1000 m. Höhe	Wolkenmenge bei 2000 m. Höhe
7 1/2 U.	752.08	- 2.2	3.3	85	ND	1	SH	9	
2 „	753.09	- 0.6	2.7	62		1	SH	10	
9 „	753.05	- 0.1	3.9	85	S	1	S	10	

Dongebalt: während der Nacht 8, während des Tages 1.

Wiener Börse vom 14. Januar.

Art	Preis	Quantität
proc. Papier-Rente	68.30	68.40
detto in Silber	73.65	73.80
ungarische Grundentl.-Oblig.	77.—	77.25
siebenbürgische	76.—	77.25
Reingehent-Abföngungs-Oblig. 100 fl.	74.—	74.25
1864er Staatslose	100 fl.	132.— 132.50
1860er ganze		111.90 112.10
1860er Künstel		121.50 122.—
Credit	100 fl.	162.— 162.25
spec. Dampfschiff	100	94.50 95.—
Öfner	40	29.— 29.50
Graf Salm	40	39.50 40.50
„ Bälffy	40	28.25 28.75
„ Clary	40	28.— 28.50
„ St. Genois	40	31.50 32.—
„ Waldstein	20	23.75 24.25
„ Reglevich	10	15.25 15.75
Rudolflose	10	13.60 14.—
Ungar. Prämien-Anlehen		76.— 76.25
Türkenlose voll eingezahlt		25.— 25.25
Rationalbank		912 914
Creditanstalt öst. zu 160 fl.		192.50 192.75
Credit. a. u. z. 200 fl. 80pct.		178.25 178.75
Anglo-Austrian 500 fl. Silber		93.80 94.—
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40pct.		37.— 38.—
Franco-Austrian		29.50 30.—
„ Hungarian		— —
Nordbahn 1000 fl.		1815 1820
Staatsbahn		292.50 293.—
Lemberg-Gzernowitz-Basfö		136.— 137.—
Ang. Nordostbahn		110.— 110.50
Ang. Ostbahn		39.75 40.—
Siebenbürgen-Bahn		— — 107.—
Ungar. Eisenbahnanlehen		99.50 99.75
Rand-Ducaten		43 44
Deft.-ung 8 fl.-Goldst.		9.20 9.21
20-Markstück		1.40 1.45
20-Francstück		9.20 9.21
Silber		165.80 165.90

Zähne,

einzelne oder ganze Gebisse in vulkanisirtem Kautschuk oder Gold, täuschend und unkenntlich, sowie alle Zahnoperationen verrichtet

Ferdinand Prohászka,
Zahnarzt, Spitalgasse Nr. 263.

Einladung

an die p. t. Actionäre der Actiengesellschaft:

I. Pressburger Leichenbestattungs-Anstalt

(Első pozsonyi temetkezési intézet.)

Im Sinne der §§. 36 und 59 der Statuten beehrt sich der gefertigte Präses die p. t. Herren Actionäre zu der

Sonntag den 23. Januar I. J., Vormittags 10 Uhr,
im städt. Repräsentantenjaale abzuhaltenen

V. ordentlichen Generalversammlung

höflichst einzuladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1. Erstattung des Geschäftsberichtes pro 1875.
2. Vorlage der Bilanz pro 1875.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und Bestimmung der Dividende pro 1875.
4. Wahl von 4 Ausschußmitgliedern.
5. Wahl von 3 Rechnungs-Censoren pro 1876.
6. Abänderung der Statuten im Sinne des neuen Handelsgesetzes.
7. Verhandlung über etwaige Anträge einzelner Actionäre (§. 46).

Nach §. 37 der Statuten hat sich jeder Actionär, der sich bei der Generalversammlung betheiligen will, durch Vorweisung der Actie zu legitimiren.

Jeder Actionär, der bei der Generalversammlung persönlich zu erscheinen verhindert ist, kann einen andern Actionär zu seiner Vertretung bevollmächtigen. Frauen können durch ihren Ehegatten, Minderjährige und Curanten durch ihren Vormund und Curator, Geschäftshäuser durch ihre Geschäftsführer, und Simultan-Eigenthümer durch Einen aus ihrer Mitte vertreten werden, wenn diese auch nicht Actionäre sind.

Kein Actionär kann laut §. 21 im eigenen und Vollmachtsnamen mehr als 10 Stimmen in sich vereinigen.

Preßburg, den 7. Januar 1876.

Pauschenwein, Präses.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Dtoczka. — Verlag bei J. G. Müllhammer, Langeasse Nr. 10. — Schnellpressendruck von G. Angermayer, vorm. A. Schreiber.

➔ Sie zu ein halber Vogen Beilage. ➔

Rede des Baron Paul Sennhey.
(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Aber, meine Herren, wenn wir Alle anerkennen, und wir erkennen es leider an, daß uns jenes Element mangelt, und daß dies eine Quelle unserer Uebelstände ist: so muß uns, g. Haus, dies dahin führen, daß wir uns vor Allem beeilen, dieses Element durch ein solches administratives System zu schaffen, welches es möglich macht, daß wir solche Beamte heranbilden können. (So ist's, wahr! von der Opposition der Rechten.) Mit den Wahlen erreichen wir dies nicht, denn es wurde sehr richtig bemerkt und bedarf kaum eines Beweises, daß die Verwaltung heute so viel Vorbereitung, Fleiß und Fachstudium beansprucht, daß ein, diese Qualifikation besitzendes und den Vorbedingungen entsprechendes Individuum sich nur bei einer gesicherten Stellung einer solchen Laufbahn widmen kann, welche — wenn sie seine Zukunft nicht sichert — den Verlust seines geistigen Capitals zugleich mit der Zerstörung seiner eigenen und seiner Familieneistenz herbeiführt. — (Beifall von der Opposition der Rechten.)

Der g. Herr Ministerpräsident hat in seiner Motivierung des Gesetzentwurfes sich auf jene Erfahrungen berufen, welche in neuerer Zeit, ich glaube bei der Ernennung der Richter, gemacht wurden. Ich muß aufrichtig gestehen, g. Haus, daß ich dafür halte, daß unser Richterstand besser ist als sein Ruf, ja, ich halte ihn im Großen und Ganzen genommen für gut. Die Fehler, die bei dieser Institution wahrgenommen wurden, sind nicht so sehr den Individuen als dem Mangel an materiellen Gesetzen, der Schwerfälligkeit des Verfahrens und der Prozeßordnung zuzuschreiben. Aber ich erkenne an, daß Fehler geschehen sind, und ich erkenne an, daß auch bei der Ernennung der Beamten Fehler vorkommen können und noch vorkommen werden.

Zieht man die Erfahrungen der Vergangenheit in Betracht, so läßt es sich nicht leugnen, daß diese Fehler zum Theile eben daraus entspringen, daß man sich dem Einflusse gewisser Comitatskreise, die damals noch eine lebhaftige Einwirkung ausübten, nicht entziehen konnte. (Lebhafter Beifall von der Opposition der Rechten.) Was damals während der Uebergangsperiode zu entschuldigen war, das darf heute, bei einer selbstbewußten Regierung und bei geregelten Zuständen, wenigstens für gewöhnlich, nicht mehr vorkommen. Die bezüglich des Richteramtes wahrgenommenen Unzulänglichkeiten müssen daher den eben erwähnten Umständen, nicht aber dem System zugeschrieben werden.

Und nun, g. Haus, gehe ich zum Schwerpunkt meiner Argumentationen über. Ich wünsche die Ernennung nicht als Waffe gegen die Nationalitäten. Ich möchte die Bürger des Landes nicht gerne einander im Kampfe gegenüber, gewissermaßen auf den Standpunkt der Eroberung stellen. (Beifall von der Opposition der Rechten.) Ich wünsche die Ernennung als Hebel und Mittel geordneter Zustände und einer gesunden Administration, damit jeder Landesbürger die Früchte des Staatslebens und des Staatsschutzes, die Sicherheit der Person und des Vermögens genieße, das Vaterland liebgewinne, und eben hiedurch, und durch das Bekanntwerden mit geordneten Zuständen, sich stolz als Bürger dieses Staates bekenne (Lebhafter Beifall); damit aber andererseits Jeder auch die Macht und das Gewicht geregelter Zustände und der Exekutive empfinde, wenn er trotz aller dieser Wohlthaten sich undankbar beweisen und den Staatsgesetzen widersehen sollte.

Ich erwarte aber von der Ernennung der Beamten auch die Besserung unserer socialen Zustände. Ich bitte das g. Haus, mir zu gestatten, daß ich mich dahin ausspreche, daß jener Dilettantismus, welcher alle unsere Gesellschaftsschichten und gesellschaftlichen Verhältnisse beherrscht, jene übertriebenen Rechtsansprüche, ohne hiemit das Gefühl der Reziprozität zu

verbinden, (lebhafter Beifall) dasjenige ist, was unsere socialen Verhältnisse korrumpirt. (Beifall rechts.) Und dieser Zustand entspringt daraus, daß bei uns ein System herrscht, nach welchem nicht das Verdienst und nicht das mit dem Verdienste verbundene Selbstgefühl den Grund des Emporkommens bildet, sondern in vielfachen Fällen die Verbindungen, die Clientel, die Cortesumtriebe und gewisse Eigenschaften, welche vermöge ihrer leicht gewinnenden Lebenswürdigkeit auf diesem Gebiete von außerordentlichem Erfolge sind. (Lebhafter Beifall, Bewegung.) — Wenn wir im Stande sind, aus der Reihe unserer Gewohnheiten diesen Dilettantismus auszumerzen, welcher ein Krebsgeschwür unserer socialen Zustände ist; wenn wir ein solches System befolgen, welches das Verdienst wegen seiner selbst belohnt: so bin ich überzeugt, daß wir die Besserung unserer erwähnten Zustände auf diesem Wege zwar nur langsam und successive erreichen werden, wobei ich jedoch bitte, nicht zu glauben, daß ich dies als ein Panacee hinstelle, wie dies einer meiner geehrten Abgeordnetenkollegen sagte. (Zustimmung von der Opposition der Rechten.)

Man wirft uns die Bureaufkratie vor. G. Haus! Gegenüber der Aeußerung eines g. Abgeordneten, daß der Beamte, sobald er sein Amt antritt, schon eo ipso erniedrigt ist, halte ich mich zu der Erklärung verpflichtet, daß ich jene Bureaufkratie, welche den Dienst des Landes mit Fleiß, Pünktlichkeit und Fachwissen versteht, hochachte. (Beifall von der Opposition der Rechten.) Und in dieser Beziehung spreche ich es offen aus, selbst auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, daß wir eine Bureaufkratie in diesem Sinne bedürfen. (Beifall von der Opposition der Rechten.) Was aber die Auswüchse der Bureaufkratie, die schablonmäßige — ich bitte mir den Ausdruck zu verzeihen — die schlandrianmäßige Oberflächlichkeit betrifft, so sind diese, g. Haus, auch heute vorhanden, nicht nur bei den ernannten, sondern auch bei den gewählten Beamten. (Wahr! von der Opposition der Rechten.) Das Hauptmerkmal dieser Bureaufkratie besteht darin, daß sie registriert, kopiert und expedirt, daß aber auf den Vollzug der Anordnungen Niemand achtet. (Wahr, wahr! von der Opposition der Rechten.) Dieses ist aber das Charakteristikum der heutigen Verwaltung. (Lebhafter Beifall von der Opposition der Rechten.) Und ich bitte, mir die Frage zu erlauben; ob denn dieser Gesetzentwurf nicht eben diese gefährlichste Klasse der Bureaufkratie, die auf dem Kollegialsystem basirende, dem Dikasterialismus sich nähernde Bureaufkratie schafft, welche durch Superfektion, Verwirrung und Vermengung der Kompetenzen, durch Zufassung von Berichten nach aufwärts, nach abwärts und in die Nachbarschaft eine solche Masse von Vierschreibern und bureaukratischer Pedanterie hervorruft, daß es unmöglich sein dürfte, dieselbe aus unserer Administration auszumärzen? (So ist's, wahr! von der Opposition der Rechten.)

Mein Herr Vorredner hat den Abolutismus, oder jagen wir es gerade heraus, das Bäckische System erwähnt. Ich werde mich über diesen Gegenstand aufrichtig aussprechen. (Hört!) obwohl ich weiß, daß dies ein heikler Gegenstand ist, und daß man sich damit leicht Mißverständnissen aussetzen kann.

Die Mängel dieses Systems kennen auch wir, die wir darunter gelitten haben. Aber erlauben Sie mir, mich auf die heutige Erinnerung, auf die heutige Stimmung zu berufen. Der Hauptfehler jenes Systems, das verhaßte Andenken, in welchem dasselbe vor uns steht, bildete nicht der administrative Apparat desselben, sondern seine anti-nationale Richtung. Der Typus der Verfassungsfeindlichkeit war es, wegen dessen wir dasselbe angefeindet haben, wir und unter diesen auch ich, g. Haus. (Beifall.) Und dies übte eine Rückwirkung auch auf die Administration aus, denn der Charakter dieses Regierungssystems mußte nothgedrungen auf das Vorgehen und die Individualität der Beamten, wenn dieselben selbstbewußt waren, lähmend, wenn sie aber bloß unfähig waren, abstoßend wirken.

Sie werfen uns vor, daß wir, die wir die Sparsamkeit betonen, durch die ernannten Beamten die Ausgaben vermehren werden. So viel ich weiß, g. Haus, werden heute die gewählten Beamten, wenigstens in den Comitaten, von denen ich Kenntniß besitze, gut genug bezahlt. Wenn es Comitats gibt, wo die Bezahlung eine ungenügende ist, so wird die Gehaltung derselben früher oder später nicht ausbleiben. Denn daß ein Beamter darum, weil er gewählt ist, und darum, weil seine Stelle nicht gesichert ist, von einer geringeren Bezahlung leben könne, als ein ernannter Beamter, dessen Stellung gesichert ist — denn das wird man denn doch nicht behaupten wollen, daß diese Stellung ein nobile officium sei — das bin ich nicht fähig, zu begreifen, es sei denn, daß man gestatten wolle, daß der Beamte neben seiner amtlichen Wirksamkeit auch einen anderen anständigen Erwerb habe, Privatöconomie, Pachtungen u. s. w. betreiben könne. Wie dieses mit den Exigenzen der Administration heute vereinbart werden könne, dafür geht uns das Verständniß ab.

Aber, g. Haus, ich bitte die Vertheidiger des Gesetzentwurfes, nicht von der Vermehrung der Ausgaben zu sprechen. Glaubt man denn, wenn dieses Gesetz in's Leben tritt, wenn der Bezirksbeamte gezwungen sein wird, all' das zu vollziehen, was von ihm auf Grund des Gesetzes verlangt werden kann, daß es wird vermieden werden können, erstens, die Gehalte zu erhöhen, zweitens, was ja ohnehin bereits angeordnet worden ist, die Bezirksämter reichlich zu vermehren, und daß, wenn die Staatsorgane bei einem thatsächlich ambulatorischen System monatlich mehr als einmal — dann wollen Sie mir glauben, entweder wird aus den Verwaltungsausschüssen gar nichts werden, oder werden sie wöchentlich durch einige Tage versammelt sein müssen. — wenn, sage ich, die Organe des Staates dergestalt durch längere Zeit werden Sitzungen halten müssen, nicht unabweislich die Nothwendigkeit eintreten wird, neben diesen Organen Ersatzbeamte behufs Erledigung der laufenden und der Fachgegenstände zu ernennen? (Beifall von der Opposition der Rechten.)

Nicht wir vermehren die Ausgaben, die wir durch die Vereinfachung der Administration dieselbe auch verbessern wollen, denn — beiläufig bemerkt — die schlechte Administration ist immer theuer, während die gute Administration nicht immer theuer ist.

Es ist uns auch aus unseren Privatverhältnissen bekannt, daß der fachkundige Beamte den vielleicht etwas höheren Gehalt redlich verdient. Aber Sie mögen mit sich darüber zu Rathe gehen, welche Rolle der Apparat, den Sie heute schaffen, in den künftigen Budgets spielen wird. Wir wollen es abwarten, wir werden es sehen.

Eine sehr ernste Einwendung wurde gestern und heute gemacht, die nämlich, daß der Einfluß, welchen die Regierung durch die ernannten Beamten auf die Reichstagswahlen ausüben könnte, dieser Regierung eine solche Macht zu geben vermöchte, welche — wie jener g. Herr Abgeordnete, der doch selbst der Regierungspartei angehört, sagte — von ihm selbst nicht gewünscht wird. Und wie die gegenwärtige Regierung, geehrtes Haus, Jenen gegenüber, welche nicht zur Regierungspartei gehören, dieses Recht anwenden würde, darüber — glaube ich — erwartet und wünscht sie von mir kein Zeugniss; aber ich anerkenne, daß so wie jede Macht, so auch diese zum Mißbrauch Gelegenheit bieten kann. Aber in konstitutionellen Staaten muß man die Macht, weil sie mißbraucht werden kann nicht wegnehmen, sondern ihr ein Gegengewicht geben. Und dieses Gegengewicht liegt in jener Dienstpragmatik, in jener Sicherheit, welche jeder zivilisirte Staat seinen pflichtgetreuen Beamten bietet: hier speziell darin, daß man den Beamten im Disziplinarwege nicht kurzweg entheben könne; auf das Disziplinarverfahren aber würde nach unseren Projekte die Jurisdiktion einen directen Einfluß haben. Und ich gehe weiter geehrtes Haus. Ich

glaube, daß eine selbstbewußte, ihre eigene Stellung richtig erfassende Regierung diese Macht nicht mißbrauchen werde; sie wird in den Beamten in ihrem eigenen Interesse nicht Wahl- agitatoren suchen, sondern in ihnen Faktoren der Staatsadministration sehen, in ihnen sich selbst ehren und sich dessen erinnern, daß, wenn sie dieses zweischneidige Schwert mißbrauchen sollte, dies in der öffentlichen Meinung unbedingt eine Reaktion hervorriefe, die sich gegen sie wenden würde.

Möge mir das geehrte Haus gestatten, auch über diesen Gegenstand mit ganzer Aufmerksamkeit zu sprechen. (Hört!) Ich spreche nicht gerne von Verhältnissen, welche einigermassen eine persönliche Beziehung haben können; aber mit Rücksicht auf die Beleuchtung des Gegenstandes von allen Seiten kann ich nicht umhin, es diesmal zu thun. (Hört!)

Ist es nicht wahr, geehrtes Haus, daß heute die Erscheinung bereits häufig ist, daß der gewählte Beamte der Jurisdiktionen sich gleichsam das Terrain vorbereitet, damit er bei der nächsten Abgeordnetenwahl der Sieger sei (Bewegung), weil es sozusagen Mode zu werden beginnt und als Symptom jedenfalls bemerkenswerth ist, daß die Stuhlrichterstelle ein gradus ad parnassum für die Abgeordnetenstelle ist. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.)

So viel ist gewiß, geehrtes Haus, daß der Sieg bei den Beamtenwahlen eine Rückwirkung auf das Resultat der Abgeordnetenwahl hat und umgekehrt. (Wahr!) Weniger gewiß ist es, ob solche Komitatsbeamte gerade ihren bei der Administration erworbenen Verdiensten und ihrer an den Tag gelegten Unparteilichkeit zufolge diesen Einfluß üben, oder aus andern Motiven, welche ich nicht charakterisiren will; aber dieser Uebelstand ist ebenso bei den gewählten, wie bei den ernannten Beamten thatsächlich vorhanden. Hinsichtlich der ernannten Beamten muß durch gesetzliche Maßnahmen gesorgt werden, daß sie gegen etwaige politische Verzerrungen der Regierung geschützt seien; dagegen muß aber im Falle der Erhaltung des Wahlsystems verfügt werden — und ich glaube, dies soll ein Gegenstand ernster Erwägung sein — daß wir die Wahlbezirke gegen den diesbezüglichen Einfluß der Beamten schützen. (Lebhafte Zustimmung von der Opposition der Rechten.)

Das Hauptargument, welches für den Gesetzentwurf und die darin proponirte Schöpfung vorgebracht wird, ist der in der öffentlichen Verwaltung zu erreichende Einfluß, welcher durch das Zusammenwirken und die gegenseitige Kontrolle der verschiedenen Organe erreicht werden soll. Analysiren wir diesen Gegenstand ein wenig. (Hört!)

Wie wird die Stellung des Obergespanns beschaffen sein?

Der Obergespan ist nominell der Leiter des Komitates, thatsächlich der Präsident des Ausschusses, welcher natürlich den Beschluß der Majorität emittiren wird. Ueber die Vorkommnisse in der Administration schöpft er aus jenen Berichten Kenntniß, welche dem Ausschusse seitens der Fachorgane vorgelegt werden. Er ist daher sozusagen gezwungen, zu beobachten, auszuforschen und in dieser Weise von demjenigen sich zu unterrichten, nicht was ihm vermöge der amtlichen Organisation zur Kenntniß gelangt, sondern was er nur so nebenbei zu erfahren mag. Würde er minorisirt, so steht ihm der Weg des Rekurses an die Regierung offen: dies wird meiner Ansicht nach die Annehmlichkeit seiner Stellung gegenüber der Majorität nicht erhöhen. (Heiterkeit.) In außerordentlichen Zeiten kann er auch aus eigener Machtvollkommenheit v. rfügen. Doch dies ist, glaube ich, im Gesetzentwurf nur ausnahmsweise in Aussicht genommen, denn wenn man dies hätte systemisiren wollen, müßte es offen ausgesprochen werden. Dies ist die Stellung des Obergespanns.

Der Vizegespan bleibt auch fortan Chef der Komitatsadministration; doch wird er als solcher den übrigen ihm ganz fremden und bezüglich ihres Faches heterogenen Organen des Verwaltungsausschusses koordinirt; bezüglich des Disziplinarverfahrens wird er sogar subordinirt,

anstatt daß, wie es der richtige Begriff der Administration und die Anforderungen derselben in vielfacher Beziehung erheischen, diese Fachorgane ihm untergeordnet würden.

Der Stuhlrichter? Mit diesem disponir unmittelbar der Vizegespan, der Steuerinspector, der Obergeringieur, der Schulinspector, der Oberphysikus u. s. w. Was der Stuhlrichter bei solcher Verquickung der Kompetenzen, bei einer solchen Menge von Obrigkeiten thun wird, darüber vermag ich mir keinen Begriff zu bilden. (Beifall von der Opposition der Rechten und von der äußersten Linken.) Das Eine ist mir aber klar, daß er die Harmonie nur dadurch herstellen können, wenn er gar Nichts thut oder wenn er sich in jedem einzelnen Falle eben vom Verwaltungsausschusse Instruktionen erbittet. (Lebhafte Beifall von der Opposition der Rechten und von der äußersten Linken.) Da das verbindende Glied der Verwaltungsausschusses, daher eine Körperschaft ist, so gestehe ich aufrichtig, daß ich auch darüber in Zweifel bin, wie diese Körperschaft die Harmonie herstellen wird. Der Herr Ministerpräsident sagte zwar gestern, daß seiner Ansicht nach die Harmonie durch das Zusammenwirken der verschiedenen Instrumente hervorgerufen wird. Wenn jedoch die Musiker nach dem Takte der Majorität spielen, so gestehe ich aufrichtig, daß ich kein gutes Konzert erwarte. (Lebhafte Heiterkeit bei der Opposition der Rechten und auf der äußersten Linken.) Selbst in dem von ihm angeführten Beispiele ist es der Kapellmeister, welcher die Harmonie gibt. Doch sehen wir von der Erörterung dessen ab, ob das kollegiale Verfahren die Harmonie zu Stande bringen wird. Auf zwei Dinge erlaube ich mir jedoch noch aufmerksam zu machen. Das erste besteht darin, daß die Mängel, die Beschwerden und Hindernisse nicht im Zentrum des Komitates zu suchen sind, nicht daraus entpringen, daß man dort wenig deliberirt oder verfügt, sondern daß sie in den Bezirksämtern vorhanden sind. (So ist's! auf der äußersten Linken.) Nach der Kontemplation des Gesetzentwurfes besorgte der Verwaltungsausschuss die Zuthellung der Geschäftstücke. Da bezüglich dieser Zuthellung erstens die Natur der Fächer, zweitens aber die Kompetenzvorschriften maßgebend sind und dies nur der Amtsleiter richtig zu beurtheilen weiß, so vermag ich nicht einzusehen, wie eine Korporation dies bewerkstelligen wird. Der Verwaltungsausschuss wird die Agenden aller Administrationszweige in Erwägung ziehen. Dies ist ein solcher Moment einer kontemplativen Gemüthsstimmung, deren Definition man in Kodifikationsoperaten selten begegnet. (Heiterkeit und Beifall von der Opposition der Rechten.) Hiedurch wird, geehrtes Haus, die Harmonie nicht hergestellt. Die Schwierigkeiten und Hindernisse — ich wiederhole es — tauchen in den Bezirken auf. Und da bezüglich dieser nicht vorgefugt ist, werden die betreffenden Organe in jedem einzelnen Falle um Instruktionen bei jenem Bindegliede nachsuchen, welches zur Herstellung der Harmonie berufen erscheint. Dies ist daher ein schwerfälliger Apparat, welcher die Administration vollständig hemmt.

Doch noch Eins bitte ich nicht vergessen zu wollen, und das ist das Zweite, was ich zu erwähnen so frei sein werde. Jene Fachorgane, die dort sind, vertreten gewisse Fächer und sind vermöge ihrer Fächer an gewisse mechanische technische Normen und sichere Instruktionen und Anordnungen gebunden. Die Information, die Anbefangenheit der Entscheidung. Sie sind aber eben in Folge der Beschaffenheit ihres Amtes gehalten, die von höherem Orte herabgelangten Instruktionen in Ausführung zu bringen. Hierin können sie sich von der Majorität nicht minorisiren lassen, sondern sie sind genöthigt, sich in jedem Falle an die Obrigkeit zu wenden, damit die Harmonie hergestellt werde.

Ist es da natürlicher, geehrtes Haus, wenn, wie wir die Sache auffassen, diese Harmonie vom Leiter des Komitats hergestellt werden soll, welcher in der Lage ist, die betreffenden Fachorgane, und zwar diejenigen, von deren Fache

eben die Rede ist, nicht in einem solchen bureaukratischen und distastvollen Apparate, sondern eben nach der Gattung der vorkommenden Gegenstände zu berufen, zu vernehmen und denselben nach erhaltener Information auf eigene Verantwortlichkeit die weitere Weisung zu ertheilen? (Beifall von der Opposition der Rechten.)

Doch ich werde mich nicht in weitere Details einlassen, da meine Rede ohnehin schon zu lang geworden ist. (Hört! Hört!)

Ich schließe meinen Vortrag damit, daß meiner Ueberzeugung nach die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes nicht die Grundlage, ja selbst nicht einmal die Initiirung jenes eindringlichen und radikalen Reformwerkes bilden, welches das Land so sehnsüchtig erwartet. (Beifall auf der äußersten Rechten und Linken.)

Ich erkenne an, daß jede Reform den bestehenden Faktoren, ja in gewisser Beziehung selbst der öffentlichen Meinung Rechnung tragen muß. Wenn jedoch Vorurtheile bestehen, welche die Zweckmäßigkeit der Reformthätigkeit hindern, so muß man dieselben durch Aufklärungen zerstören oder sich über dieselben erheben. Eine Reform, deren Tendenz nicht richtig, sondern verfehlt ist, ist keine Reform (So ist es! von der äußersten Rechten und Linken), und ich gestehe es, geehrtes Haus, ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung so hartnäckig, so streng und fest sich der Durchführung gewisser gesunder Ideen widersetzen würde. Ich glaube, daß bei diesem Reformentwurf vielmehr die Erinnerung an die Vergangenheit und die Verkettung der schon einmal eingenommenen Standpunkte das entscheidende Gewicht sind. Die Ereignisse werden — und ich befürchte, wenn dieser Gesetzentwurf zum Gesetze wird, sehr bald — beweisen, daß die Nation um eine Hoffnung, welche sie an die Bildung dieser Regierung geknüpft hat, ärmer geworden ist.

Wir, die wir dem in diesem Parlamente bestehenden Zahlenverhältnisse zufolge auf die Geltendmachung unserer Ansichten nicht rechnen können, erfüllen unsere Pflicht, indem wir unsere Ansichten offen und ungehindert darlegen. Die Ereignisse werden die Richtigkeit der Auffassungen rechtfertigen, hier oder dort. Wenn die Ereignisse und Resultate Ihnen recht geben, so werden wir es mit um so größerer Beruhigung hinnehmen, — weil auch wir am allgemeinen Wohl theilnehmen werden. Aber Eines kann ich, geehrtes Haus, nicht acceptiren, Eines, womit Viele, die mit den Grundideen des Gesetzentwurfes nicht zufrieden sind, — denn es ist kein Geheimniß, daß es Solche gibt — sich trösten: daß dies ein Versuch sei, welcher unter der Wirkung der Zeiten, sozusagen durch die Gegenkur uns auf den guten Weg leiten wird. Dies kann ich, geehrtes Haus, nicht als Trost acceptiren, denn wir haben zu Experimenten keine Zeit. (Beifall von der Opposition der Rechten und der äußersten Linken.)

Wir bedürfen bald und eines rasch wirkenden Heilmittels, wenn wir Alles erfüllen, wenn wir Allem entsprechen wollen, was uns am Herzen liegt. Ich kann es, geehrtes Haus, nicht als Argument annehmen, daß, wenn dieser Versuch mißlingt, hiemit der Beweis geliefert wird, daß in unserem Vaterlande die Autonomie nicht lebensfähig ist. (Lebhafte Beifall von der Opposition der Rechten und auf der äußersten Linken.) Denn, geehrtes Haus, der Feuerprobe dieser Mißgeburt darf das Prinzip der Autonomie nicht ausgesetzt werden. (Lebhafte Beifall von der Opposition der Rechten und von der äußersten Linken.) Wenn das System, welches jetzt geplant wird, sich als unhaltbar erweisen wird, so wird der Grund dessen nicht darin liegen, daß in unserem Vaterlande die Autonomie unmöglich, sondern daß diese Schöpfung fehlerhaft und verfehlt ist. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Zustimmung von der Opposition der Rechten und der äußersten Linken.)